

(1) Das Bundesverfassungsgericht entscheidet:

- 1. über die Auslegung dieses Grundgesetzes aus Anlass von Streitigkeiten über den Umfang der Rechte und Pflichten eines obersten Bundesorgans oder anderer Beteiligter, die durch dieses Grundgesetz oder in der Geschäftsordnung eines obersten Bundesorgans mit eigenen Rechten ausgestattet sind;
- 2. bei Meinungsverschiedenheiten oder Zweifeln über die förmliche und sachliche Vereinbarkeit von Bundesrecht oder Landesrecht mit diesem Grundgesetz oder die Vereinbarkeit von Landesrecht mit sonstigem Bundesrechte auf Antrag der Bundesregierung, einer Landesregierung oder eines Viertels der Mitglieder des Bundestages;
- 2a. bei Meinungsverschiedenheiten, ob ein Gesetz den Voraussetzungen des [Art. 72 Abs. 2 GG](#) entspricht, auf Antrag des Bundesrates, einer Landesregierung oder der Volksvertretung eines Landes;
- 3. bei Meinungsverschiedenheiten über Rechte und Pflichten des Bundes und der Länder, insbesondere bei der Ausführung von Bundesrecht durch die Länder und bei der Ausübung der Bundesaufsicht;
- 4. in anderen öffentlich-rechtlichen Streitigkeiten zwischen dem Bunde und den Ländern, zwischen verschiedenen Ländern oder innerhalb eines Landes, soweit nicht ein anderer Rechtsweg gegeben ist;
- 4a. über [Verfassungsbeschwerden](#), die von jedermann mit der Behauptung erhoben werden können, durch die öffentliche Gewalt in einem seiner Grundrechte oder in einem seiner in [Art. 20 Abs. 4 GG](#), [Art. 33 GG](#), [Art. 38 GG](#), [Art. 101 GG](#), [Art. 103 GG](#) und [Art. 104 GG](#) enthaltenen Rechte verletzt zu sein;
- 4b. über [Verfassungsbeschwerden](#) von Gemeinden und Gemeindeverbänden wegen Verletzung des Rechts auf Selbstverwaltung nach [Art. 28 GG](#) durch ein Gesetz, bei Landesgesetzen jedoch nur, soweit nicht Beschwerde beim Landesverfassungsgericht erhoben werden kann;
- 4c. über Beschwerden von [Vereinigungen](#) gegen ihre Nichtanerkennung als [Partei](#) für die Wahl zum Bundestag;
- 5. in den übrigen in diesem Grundgesetz vorgesehenen Fällen.

(2) Das Bundesverfassungsgericht entscheidet außerdem auf Antrag des Bundesrates, einer Landesregierung oder der Volksvertretung eines Landes, ob im Falle des [Art. 72 Abs. 4 GG](#) die Erforderlichkeit für eine bundesgesetzliche Regelung nach [Art. 72 Abs. 2 GG](#) nicht mehr besteht oder Bundesrecht in den Fällen des Art. 125a Abs. 2 Satz 1 [GG](#) nicht mehr [erlassen](#) werden könnte. Die Feststellung, dass die Erforderlichkeit entfallen ist oder Bundesrecht nicht mehr [erlassen](#) werden könnte, ersetzt ein Bundesgesetz nach [Art. 72 Abs. 4 GG](#) oder nach Art. 125a Abs. 2 Satz 2 [GG](#). Der Antrag nach Satz 1 ist nur zulässig, wenn eine Gesetzesvorlage nach [Art. 72 Abs. 4 GG](#) oder nach Art. 125a Abs. 2 Satz 2 [GG](#) im Bundestag abgelehnt oder über sie nicht innerhalb eines Jahres beraten und Beschluss gefasst oder wenn eine entsprechende Gesetzesvorlage im Bundesrat abgelehnt worden ist.

(3) Das Bundesverfassungsgericht wird ferner in den ihm sonst durch Bundesgesetz zugewiesenen Fällen tätig.